

## KURZ UND PRÄGNANT

### Demokratie-Baustelle

Zum zehnjährigen Jubiläum der ersten großen Reform der direkten Demokratie in Thüringen sagte Bodo Ramelow: „Dies ist der Erfolg des Engagements der Bürgerinnen und Bürger, die jahrelang Druck gemacht haben, u.a. mit hunderttausenden Unterschriften unter Volksbegehren für mehr Demokratie.“ Bedauerlich sei, dass damals wie heute bei der Landesregierung die umfängliche Stärkung direkter Demokratie keine ernsthafte Rolle spielt. Notwendig sei es jedoch, die Forderung des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ nach weiteren Reformen aufzugreifen und zeitnah die Abschaffung des so genannten Finanztabus in Angriff zu nehmen. „Bürgerinnen und Bürger sollen zukünftig auch über finanzrelevante Projekte und Gesetze bis hin zu Abgaben abstimmen können“, forderte Bodo Ramelow und hob hervor, dass das Mehr-Demokratie-Bündnis in Thüringen, in dem zusammen mit ca. 20 anderen Organisationen die Thüringer PDS bzw. LINKE von Anfang an aktiv ist, für direkte Demokratie „viel geleistet und viel erreicht hat“.

### Bildungsfreistellung

„Der Gesetzentwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz ist noch nicht das Gelbe vom Ei“, sagte MdL Susanne Hennig-Wellsow, mit Verweis darauf, dass erst Bewegung in die Sache kam, als die Linksfraktion einen Gesetzentwurf aus dem Hause Matschie im Juni Wort für Wort in den Landtag eingebracht hatte, um die parlamentarische Beratung zu erzwingen. „Die vorgesehene Freiwilligkeit für einen Bildungsurlaub in Unternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern schließt möglicherweise 20 Prozent der Beschäftigten von einem gesetzlichen Anspruch aus. Hinzu kommt, dass Ausgleichszahlungen an Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten für die Lohnfortzahlung aus der Landeskasse bedeuten, dass bei ausgeschöpftem Haushaltstitel die Beendigung des Rechtsanspruches für alle Beschäftigten möglich ist. Immerhin trifft das etwa knapp 97 Prozent der Thüringer Unternehmen“, so die LINKE Bildungspolitiklerin.

„Die im Bildungsausschuss liegenden Gesetzentwürfe von LINKE und Grünen sind gut. Die parlamentarische Anhörung hat stattgefunden und viel Zustimmung gebracht. Ein Beschluss kann also deutlich zügiger als geplant gefasst werden. Klientelpolitik der Landesregierung zugunsten der Unternehmen findet hier zum Nachteil der Beschäftigten statt.“

# Nicht viel Neues im Hochschulpapier

„Damit ist beim besten Willen kein Konzept für die Hochschulentwicklung zu erkennen“

**Mit dem am 18. November vorgestellten Papier zur strategischen Entwicklung der Thüringer Hochschulen unter dem Titel Stärkung der Hochschulautonomie „überlässt es Herr Minister Matschie den Hochschulen selbst, die angekündigten 300 Stellen zum Streichen zu finden bzw. in eine Drittmittelfinanzierung zu überführen“, kommentierte die Sprecherin für Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Karin Kaschuba, die Pressekonferenz zur Hochschulstrategie Thüringen 2020.**

„Damit ist auch beim besten Willen kein stringentes Konzept für eine Thüringer Hochschulentwicklung zu erkennen“, so die Abgeordnete weiter. In den entsprechenden Debatten im zuständigen Landtagsausschuss sei der Minister von seinem Staatssekretär vertreten worden.

„Das ist außerordentlich bedauerlich“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, bildungspolitische Sprecherin und zuständig für Studierendenfragen in der Landtagsfraktion. „Hätte sich der Herr Minister an den Debatten beteiligt, so wären eventuell sogar Anregungen von

den Ausschussmitgliedern in das Papier eingeflossen.“ So jedoch können beide Abgeordneten der Linksfraktion nur festhalten, „dass das Konzept im Kern nichts Neues enthält, außer Stellenkürzungen und einigen wenigen Eckpunkten für die Lehrerbildung“.

Die Thüringer Universitäten und Fachhochschulen sollen sich künftig auf wissenschaftliche Schwerpunkte konzentrieren, hatte Wissenschaftsminister Christoph Matschie gesagt. Dabei sollen Profile geschärft und Kooperationen ausgebaut werden. Die Universitäten sollen sich nach den Plänen auf drei bis fünf Profilschwerpunkte und die Fachhochschulen auf zwei bis drei konzentrieren.

### 52.800 Studierende an den Thüringer Hochschulen

An der Friedrich-Schiller-Universität Jena sollen die Angebote in der Photonik, den Lebens- sowie den Geistes- und Sozialwissenschaften ausgebaut werden. Die Universität Erfurt soll sich auf Bildung und Religion konzentrieren und die Fachhochschule Schmalkalden auf Ingenieurwissenschaften, Informatik, Wirtschaft und Wirtschaftsrecht. Finanziert werden soll der Umbau mit dem

Geld – 120 Millionen Euro – aus dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Hochschulpakt. Dabei hatte Minister Matschie auf der Pressekonferenz eingeräumt, dass damit nicht alle Kostensteigerungen aufgefangen werden könnten. Er hatte in diesem Zusammenhang erneut darauf verwiesen, dass bis 2020 etwa 300 Stellen weniger aus Landesmitteln finanziert werden könnten. Das Konzept für die Neuausrichtung soll dem Landtag bis Ende Dezember vorgelegt werden. In Thüringen gibt es vier Universitäten, vier Fachhochschulen und eine Hochschule für Musik. Derzeit sind rund 52 800 Studierende an den Hochschulen im Freistaat eingeschrieben. Die Zahl der Studienanfänger hat sich zwischen 9800 und 10 000 pro Jahr eingepegelt. Rund 60 Prozent der Studienanfänger kommen aus anderen Bundesländern oder dem Ausland.

Als einen weiteren Mangel des vom Minister vorgelegten Papiers bezeichnete Karin Kaschuba die fehlenden Angebote, wie sich die Thüringer Forschungslandschaft profilieren und vernetzen kann. „Um in Thüringen eine Spitzenforschung schaffen zu können, bedarf es weiter gefasster Rahmen als es uns dieses Konzept weis machen will“, so die LINKE Wissenschaftspolitiklerin.

## Menschenverachtende Ideologien nie wieder zulassen

**Aus Anlass des 75. Jahrestages der Pogrome gegen Jüdinnen und Juden, gegen ihre Synagogen, Geschäfte und Wohnungen am 9. November 1938 in Deutschland erklärte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow:**

„Der 9. November ist vor allem ein Tag des Gedenkens und Erinnerns an die während der Zeit des deutschen Nationalsozialismus ermordeten Millionen Jüdinnen und Juden. Die Pogrome im Jahr 1938 waren der Beginn des Holocausts, dem verbrecherischsten Kapitel deutscher Geschichte.“

Der 9. November ist zugleich ein Tag der Mahnung, der uns in die Verantwortung nimmt, nie wieder zuzulassen, dass menschenverachtende Ideologien schleichend Raum in unserer Gesellschaft Platz finden.“

Bodo Ramelow hatte am 8. November auf der Gedenkveranstaltung der Jüdischen Landesgemeinde auf dem Jüdischen Friedhof in Erfurt gesprochen und für eine Kultur des Miteinanders geworben (s. Foto).

Einleitend zur Gedenkveranstaltung hatte der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde, Professor Reinhard Schramm, dazu aufgerufen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenzutreten. Betroffen seien heute u.a. Sinti und Roma. Anwesend waren Mit-



glieder der Jüdischen Gemeinde, Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Mitglieder der Landesregierung, Oberbürgermeister und Bürgermeister, Diplomaten aus den USA und Russland sowie Gäste aus Erfurt und der Umgebung.

In „höchstem Maße alarmierend“ seien, so Bodo Ramelow in seiner Pressemitteilung zum 9. November, die rassistischen Aufmärsche in Schneeberg oder in Greiz, die Stimmung in Beichlingen und anderen Orten, wo Neonazis schwierige Situationen nutzen, Äng-

ste instrumentalisieren und teilweise unterstützt von Einwohnern gegen Flüchtlinge mobilisieren.

„Dies muss aufschrecken und zum Aufstehen für Menschlichkeit und Vielfalt statt brauner Einfalt führen“, hatte der LINKE-Politiker gefordert und unterstrichen: „Die Geschichte lehrt uns, wie schnell aus einer menschenfeindlichen Ideologie ein verbrecherisches System werden kann, dem eine Mehrheit erst still und später unverhohlen zjubelt.“